

NEUE JUSTIZ

ZEITSCHRIFT FÜR RECHT
UND RECHTSWISSENSCHAFT

25. JAHRGANG
1. JUNIHEFT

11/71

, S.313-344

Erklärungen der Parteiorganisationen des Obersten Gerichts, der Generalstaatsanwaltschaft der DDR und des Ministeriums der Justiz zu den Beschlüssen der 16. Tagung des Zentralkomitees der SED

Die Grundorganisation des Obersten Gerichts stimmt einmütig den Beschlüssen der 16. Tagung des Zentralkomitees zu.

Mit tiefer Befriedigung haben wir den Brief des Zentralkomitees an unseren Genossen Walter Ulbricht und seine Wahl zum Vorsitzenden der Partei zur Kenntnis genommen und möchten unsere Liebe und Verehrung für Genossen Walter Ulbricht und unseren Dank für seine jahrzehntelange Arbeit an der Spitze unserer Partei zum Ausdruck bringen. Genosse Walter Ulbricht ist unser Vorbild für ein unermüdliches Wirken im Sinne unserer sozialistischen Weltanschauung.

Wir gratulieren herzlich Genossen Erich Honecker zu seiner einstimmigen Wahl zum Ersten Sekretär des Zentralkomitees und versichern, daß wir fest und zu großen Leistungen entschlossen zur Parteiführung stehen.

Wir bereiten uns durch eine gründliche Auswertung der Dokumente des XXIV. Parteitages der KPdSU auf unseren VIII. Parteitag vor und werden alles tun, um die Kampfkraft unserer Parteiorganisation weiter zu erhöhen und durch die Weiterentwicklung unserer sozialistischen Rechtspflege unseren sozialistischen Staat allseitig festigen zu helfen.

Die Betriebsparteiorganisation der Generalstaatsanwaltschaft der DDR erklärt ihre volle Übereinstimmung mit den auf der 16. Tagung des Zentralkomitees der SED gefaßten Beschlüssen.

Die Genossinnen und Genossen stimmen einmütig der Dankadresse des Zentralkomitees an den Genossen Walter Ulbricht zu und beglückwünschen ihn auf das herzlichste zu seiner Wahl zum Vorsitzenden der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.

Die Betriebsparteiorganisation beglückwünscht Genossen Erich Honecker zur einstimmigen Wahl als Erster Sekretär des Zentralkomitees der SED.

Wir versichern dem Zentralkomitee und seinem Ersten Sekretär, daß die Genossen der Staatsanwaltschaft prinzipienfest und mit Initiative die Maßnahmen zur Vorbereitung und Durchführung des VIII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands verwirklichen.

Mit Ideenreichtum und Schöpferkraft werden wir auf der Grundlage der Beschlüsse unserer Partei alle Anstrengungen zur weiteren Entwicklung und Festigung unserer sozialistischen Staats- und Rechtsordnung unternehmen. Damit werden wir unseren spezifischen Beitrag zur weiteren allseitigen Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik leisten.

Die Parteiorganisation des Ministeriums der Justiz ist beeindruckt von der menschlichen Größe, dem hohen Verantwortungsbewußtsein und der politisch-staatsmännischen Weisheit, die den Entscheidungen unseres Genossen Walter Ulbricht und den Beschlüssen der 16. Tagung des Zentralkomitees der SED zugrunde liegen.

Wir begrüßen die Dankadresse des Zentralkomitees an den Vorsitzenden unserer Partei, den hervorragenden marxistisch-leninistischen Führer der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, Genossen Walter Ulbricht, und stimmen der Wahl des um die Entwicklung und Festigung unserer Staats- und Gesellschaftsordnung verdienten Kämpfers Genossen Erich Honecker zum Ersten Sekretär des Zentralkomitees zu.

Wir wissen, welche ausschlaggebende Bedeutung der Stabilität der Parteiführung in der an Härte zunehmenden Auseinandersetzung zwischen dem sozialistischen Weltsystem und dem Imperialismus zukommt. Deshalb versichert die Parteiorganisation des Ministeriums der Justiz, daß sie fest hinter dem marxistisch-leninistischen Kollektiv der Parteiführung steht, die Parteibeschlüsse konsequent durchsetzt und so zur weiteren Ausprägung unseres sozialistischen Rechtssystems und Rechtspflegesystems beiträgt.

Ausgerüstet mit den weitreichenden Erkenntnissen des XXIV. Parteitages der KPdSU und auf der Grundlage des Entwurfs der Direktive des Zentralkomitees der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR 1971 bis 1975 werden wir in Vorbereitung unseres VIII. Parteitages vor allem diejenigen politisch-ideologischen Fragen zum Gegenstand unserer Parteiarbeit machen, deren Lösung der weiteren Unterstützung der Gerichte zur Erfüllung ihrer verfassungsmäßigen Aufgaben dient.